Stand: 15.12.2025 10:06:26

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7739

"Eingabe Einwände gegen die geplante Asylunterkunft in München-Großhadern (EB.0551.19)"

Vorgangsverlauf:

1. Beschluss des Plenums 19/7739 vom 23.07.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 23.07.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 23.07.2025 **Drucksache** 19/**7739**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Eingabe
Einwände gegen die geplante Asylunterkunft in München-Großhadern
(EB.0551.19)

Der Entscheidung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, die Eingabe gemäß § 80 Nr. 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären, wird zugestimmt.

Die Präsidentin

I. V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Josef Lausch
Abg. Dr. Harald Schwartz
Abg. Daniel Halemba
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Martina Fehlner
Abg. Oskar Lipp
Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Eingabe

Einwände gegen die geplante Asylunterkunft in München-Großhadern

(EB.0551.19)

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat sich in seiner 26. Sitzung am 4. Juni 2025 mit der Eingabe befasst und beschlossen, diese gemäß § 80 Nummer 4 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären.

Die AfD-Fraktion hat gemäß Artikel 5 Absatz 2 Satz 2 des Bayerischen Petitionsgesetzes fristgerecht beantragt, die Eingabe auf die Tagesordnung des Plenums zu setzen und über die Entscheidung des Ausschusses in der Vollversammlung zu beraten und zu beschließen.

Bevor ich das Wort dem Kollegen Lausch zur Berichterstattung erteile, erinnere ich daran, dass die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. – Herr Kollege Lausch, Sie haben das Wort.

Josef Lausch (FREIE WÄHLER): Hochverehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es handelt sich um eine Beschwerde, eine Petition einer Bürgerin, wohnhaft in München oder in Ansbach – das geht aus den Unterlagen nicht eindeutig hervor –, gegen die geplante Asylunterkunft in München im Stadtteil Großhadern am Max-Lebsche-Platz.

Zur Sache. Bei der Petentin handelt es sich um eine Anwohnerin, die Sicherheitsbedenken aufgrund der Unterbringung von Geflüchteten in ihrer Nachbarschaft anführt und daher die Inbetriebnahme der Unterkunft verhindern möchte. Aus ihrer Sicht besteht kein Bedarf für neue Asylunterkünfte, wenn im Zug der angekündigten Migrationswende nun verstärkt abgeschoben wird.

Die Eingabe richtet sich gegen die Einrichtung einer dezentralen Asylunterkunft am Max-Lebsche-Platz, Flurnummer 166/10, durch die zuständige Landeshauptstadt München. Die Landeshauptstadt plant die Unterbringung von circa 110 geflüchteten Menschen in der Asylunterkunft, deren Bestand auf mindestens fünf Jahre angesetzt ist.

Die Eröffnung der vom Münchner Stadtrat in der Stadtratssitzung am 28. Juni 2023 beschlossenen Einrichtung verschiebt sich nach derzeitigem Stand ohnehin auf das zweite Quartal 2026. Die Baugenehmigung wurde allerdings bereits erteilt.

Um einzelne Stadtviertel nicht zu überfordern, versucht die Landeshauptstadt München, die geplanten Standorte zur Unterbringung Geflüchteter möglichst gleichmäßig auf das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Aktuell ist im 20. Stadtbezirk, eben Hadern, keine einzige Unterkunft für Geflüchtete in Betrieb. Auf die Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete am Max-Lebsche-Platz kann nach Einschätzung der Landeshauptstadt und aus Sicht der Staatsregierung nicht verzichtet werden.

Die Petentin trägt auch erhebliche Sicherheitsbedenken vor. Daher sind Sondermaßnahmen der Sicherheitsbehörden geplant. Zu den angedachten Maßnahmen des Polizeipräsidiums München gehören eine intensive Bestreifung des Umfelds der Unterkunft, insbesondere in der ersten Phase nach der Eröffnung, ein regelmäßiger Austausch und Kontakt mit der Unterkunftsleitung auch unter Einbindung des örtlich zuständigen Kontaktbeamten und eine gezielte Lageauswertung im Hinblick auf Ordnungsstörungen und Straftaten mit Bezug zu der Unterkunft. Durch diese Maßnahmen sollen etwaige Fehlentwicklungen früh wahrgenommen werden.

Darüber hinaus werden zukünftig für anlassbezogene Veranstaltungen, welche in unmittelbarer Nähe zur geplanten Unterkunft für Geflüchtete stattfinden, wie zum Beispiel das Haderner Dorffest, Maßnahmen zwischen Veranstalter, Sicherheitsbehörde und Polizei eng abgestimmt.

Die Planungen der Landeshauptstadt München zur Inbetriebnahme einer dezentralen Unterkunft in München sind aus Sicht der Staatsregierung und nach dem Mehrheitsbeschluss des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden nicht zu beanstanden.

In einer Sache gebe ich der Petentin durchaus recht. Es ist zu hoffen und auch absehbar, dass diese Unterkunft, die erst 2026 zur Eröffnung, zur Inbetriebnahme ansteht, nicht mehr benötigt wird. In einem ähnlichen Fall in Niederbayern in der Stadt Vilsbiburg hat in der letzten Petitionsausschusssitzung die Regierung von Niederbayern den Antrag auf Belegung einer Flüchtlingsunterkunft in ähnlicher Größe sogar von sich aus zurückgezogen und für erledigt erklärt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich eröffne jetzt die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Harald Schwartz. Herr Kollege, bitte schön.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst an die AfD gerichtet: Ich bewundere die konzeptionelle Reinheit, mit der Sie solche Sachen nach oben ziehen. Mit bemerkenswerter Konsequenz werden redundant Vorurteile ausgebreitet, Ängste geschürt, instrumentalisiert und ausgenutzt, und es wird immer wieder der Boden für dumpfe Ausländerfeindlichkeit bereitet,

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

und das entgegen der klaren Faktenlage, die der Kollege Lausch gerade völlig richtig wiedergegeben hat.

Wir haben in der Stellungnahme, die wir uns im Ausschuss intensiv angesehen haben, gesehen, wie sich die tatsächliche Lage hinsichtlich der hier befürchteten Kriminalität in Bayern, insbesondere auch in München und insbesondere auch in diesem Viertel, ausnimmt. Wir haben auch gesehen, was die Polizei hier bereits anbietet, plant und

vorgesehen hat, um jedweden Einschränkungen von vornherein zu begegnen und auch dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen. Das hindert Sie nicht daran, dennoch Ängste zu schüren und auszunutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im zweiten Quartal 2026 soll diese Einrichtung in Betrieb genommen werden. Ich gehe davon aus, dass die exzellente Arbeit unseres Bundesinnenministers Dobrindt dafür Sorge tragen wird, dass wir viele dieser Einrichtungen nicht mehr brauchen.

In diesem Sinne: Wir lehnen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Kollege Daniel Halemba.

(Beifall bei der AfD)

Daniel Halemba (AfD): Herr Präsident, werte Abgeordnete! Wer von Ihnen möchte ein zusätzliches Asylheim in seiner Nachbarschaft haben?

(Zuruf von der SPD: Wir wollen Sie nicht in unserer Nachbarschaft haben!)

Los, geben Sie mir kurz ein Handzeichen!

(Heiterkeit bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Niemand bei den Regierungsfraktionen. – Ich stelle fest, niemand von Ihnen möchte ein weiteres Asylheim in seiner Nachbarschaft haben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann sollten Sie auch die Position der Dame verstehen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

– Herr Hofmann, schreien Sie nicht so herum! Beruhigen Sie sich!

(Zurufe von der CSU und den GRÜNEN)

Wir besprechen nämlich heute die Petition einer Dame, die sich gegen ein Asylbewerberheim in ihrem Stadtteil – Großhadern – wehrt. 110 Asylbewerber sollen für mindestens fünf Jahre in München-Großhadern untergebracht werden. Das sind 110 Asylbewerber zu viel!

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Frau Schorer-Dremel, Sie verstehen nichts von unserem Rechtsstaat. Sie verstehen wohl auch nichts von der Würde dieses Hauses und respektieren dieses Anliegen hier nicht.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie laufen, während dieser Tagesordnungspunkt behandelt wird, barfuß im Plenarsaal herum. Schämen Sie sich nicht?

(Heiterkeit bei der AfD – Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber von Fußpflege versteht die CSU auch nichts; das haben wir damit zumindest gemerkt.

(Zuruf von der CSU)

Jetzt zur Sache!

(Michael Hofmann (CSU): Von wegen!)

Wir haben es heute mit einer mutigen Frau zu tun. Eine Krankenschwester wehrt sich im Alleingang gegen ein Asylheim. Ich zitiere aus ihrem Petitionstext:

"Als Krankenschwester, die aus finanziellen Gründen auf die Personalunterkunft angewiesen ist, habe ich (und auch Kolleginnen!) Angst, jetzt auch noch auf unserem täglichen Arbeitsweg bedroht oder angegriffen zu werden!"

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist das für ein Vorurteil!)

Ich verstehe die Dame. 44,9 % aller Sexualstraftaten in Bayern wurden 2023 durch Ausländer begangen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie brauchen mit Sicherheit keine Angst vor Sexualstraftaten zu haben, Herr Kollege! – Zurufe von den GRÜNEN)

Gleichzeitig umfasste der Anteil an Ausländern in Bayern nur 16 %.

(Michael Hofmann (CSU): Sie brauchen keine Angst vor Sexualstraftaten zu haben!)

Sie sind damit über vier Mal häufiger Vergewaltiger, Zuhälter oder Pädophile. Auch wenn Sie das verschweigen wollen – diese Frau und die anderen Bürger sind faktenbewusst. Die Mehrheit fordert ein Ende Ihrer bunten Vielfalt.

Unsere heutige Petentin will kein Asylheim bei sich um die Ecke haben. Sie hat Angst vor Gewalt durch Asylbewerber. Mit Recht! Ich sage Ihnen: mit Recht!

An einem schönen Sommerabend wie dem heutigen, am 19. August 2023, bei 30 Grad besuchte ein 18-jähriger Pole unsere Landeshauptstadt – so, wie es täglich Tausende Touristen tun. Er trank zu viel Münchner Bier und saß angetrunken in der Nähe des Bayerischen Landtags, 100 Meter in Richtung Osten, in der U-Bahn-Station Max-Weber-Platz, wo viele von uns Abgeordneten täglich mit der U-Bahn ankommen. Ein afghanischer Illegaler, Wahidullah H., geboren in Kabul, kommt mit dem letzten Nachtzug an der Station an. Er sieht den angetrunkenen 18-jährigen Touristen. Er sieht Schwäche in einem unserer zahlenden Gäste. Eiskalt vergewaltigt der Afghane

den jungen Mann. Er stiehlt auch noch das Telefon des Opfers und nimmt das furchtbare Martyrium auf Video auf.

Wollen Sie diese Leute wirklich hier im Land lassen, liebe CSU? Wollen Sie diese Leute hierbehalten?

(Zuruf von der CSU)

Es trifft natürlich nicht nur Männer. Ganz Polen sprach über diese brutale Tat Ihres Illegalen, den wir durchfüttern. Wir verlieren Millionen an Touristeneinnahmen, weil unsere Sicherheit durch illegale Einwanderung kaputtgeht. Die Petentin hat recht, wenn sie Angst vor einem Asylheim hat.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Eine einfache Bürgerin hat von Politik mehr Ahnung als viele von Ihnen hier im Landtag. Ich zitiere abermals die Beschwerdeführerin der heutigen Petition:

> "[…] also, wenn nun verstärkt Asylanten […] ausgewiesen werden, dann müsste doch in den bereits vorhandenen Asylunterkünften wieder Platz werden, so dass neue Asylunterkünfte nicht gebaut werden müssen."

Ja, man muss kein Spitzenpolitiker sein, um zu wissen, dass diese Dame recht hat. Wir brauchen die große Remigration. Dann gibt es auch keine zusätzlichen Asylheime wie das in Großhadern mehr.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei den GRÜNEN)

Dann wird sogar Wohnraum frei.

(Beifall bei der AfD)

Selbst unser Innenminister, der heute auch anwesend ist, sagt – Zitat –: "Die Lage hat sich […] gegenüber den letzten Jahren geändert." Und er sagt, dass die – Zitat –, "Asyl-Neuzugänge […] zurückgegangen" seien. Wenn Sie das noch mit Remigration –

millionenfacher Remigration – verbinden, leeren sich alle Asylheime, und wir brauchen definitiv keine zusätzlichen mehr.

(Beifall bei der AfD)

Noch ein Punkt zur Terminierung dieser Rede: Ursprünglich sollte dieser Tagesordnungspunkt erst gegen 00:20 Uhr, mitten in der Nacht, aufgerufen werden. Ihr Altparteienkartell will wohl nicht, dass die Bürger erfahren, wie groß inzwischen der Widerstand gegen Ihre Politik ist?

(Michael Hofmann (CSU): Sie verstehen ja noch nicht einmal etwas von der Geschäftsordnung! Das ist doch unglaublich! Vorher mussten wir alle Ihre Anträge ertragen! – Johannes Becher (GRÜNE): Ihr habt den ganzen Kram hochgezogen! – Weitere Zurufe von der CSU und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dennoch lassen wir uns davon nicht beirren. Wir kämpfen weiterhin dafür, dass auch Ihr Stadtteil kein Asylbewerberheim kriegt.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Sie stehlen unsere Lebenszeit mit Anträgen Ihrer Fraktion! – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Frau Kollegin Gülseren Demirel.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Dass Bürgerinnen und Bürger Petitionen einreichen und damit ihre Beschwerde zum Ausdruck bringen, ist, finde ich, ein sehr wichtiger demokratischer Akt, und zwar unabhängig davon, was sie fordern, sofern es sich im Rahmen unserer Verfassung und unserer Gesetze bewegt.

Wenn ich aber sehe, wie Sie von der AfD Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern hier parteipolitisch instrumentalisieren, dann frage ich mich – auch als Vorsitzende des Ausschusses –, ob das inszenierte Petitionen sind.

(Widerspruch bei der AfD)

Wenn ich als Bürgerin eine Beschwerde einreiche, dann will ich eine ernsthafte Auseinandersetzung damit, und ich will eine Lösung erreichen.

(Zuruf des Abgeordneten Daniel Halemba (AfD))

Was ich auf keinen Fall wollte, wäre, dass irgendeine Partei mit meiner Beschwerde hausieren geht, noch dazu eine rechtsextreme Partei, die meine Beschwerde dafür nutzt, um Ängste, Unsicherheit und Spaltung in der Gesellschaft zu schüren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Daher bin ich wirklich der festen Meinung, dass Sie einige Petitionen inszenieren bzw. Bürgerinnen und Bürger draußen für Ihre Zwecke instrumentalisieren. Aber wenn man bei einem solchen Plan mitmacht, muss man so ähnlich denken wie Sie; sonst würde es ja nicht passieren.

Zum anderen wird diese Flüchtlingsunterkunft nicht etwa deshalb errichtet, weil neue Geflüchtete kommen, sondern deshalb, weil einige Mietverträge der Stadt München für Unterkünfte auslaufen.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Da man Ersatz im Sinne einer alternativen Unterbringungsmöglichkeit braucht, musste diese Unterkunft errichtet werden. Die Stadt München hat schon sehr vorausschauend angefangen zu planen, um diese Unterkunft als Folgeunterkunft nutzen zu können. Das finde ich gut und richtig so.

Das Nächste ist: Die Stadt München arbeitet mit dem Polizeipräsidium sehr eng zusammen. Bevor Unterkünfte in einem Stadtviertel errichtet werden, halten die Bezirksausschüsse in der Regel eine Bürgerinnen- und Bürgerversammlung ab, wo auch die Polizei präsent ist, um die Bürgerinnen und Bürger zu informieren und ihnen auch anhand der Statistik nachzuweisen, dass keine Unsicherheit im Umfeld entstehen wird. Man muss anmerken, dass München die sicherste Stadt in Europa ist; das dürfen auch Sie nicht vergessen.

Es sind also schon sehr sinnvolle Präventionsmaßnahmen geplant, sodass ich Ihre Mitstreiterin beruhigen kann: Sie kann auch nachts sicher durch München gehen.

Ganz zum Schluss zu Ihrer Frage, ob ich ein Flüchtlingsheim in meiner Nähe haben wolle. Ich antworte Ihnen: Lieber ein Flüchtlingsheim als einen AfD-Abgeordneten in meiner Nachbarschaft!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte. – Mir liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Herr Halemba, bitte.

Daniel Halemba (AfD): Frau Kollegin Demirel, Sie sprachen in Ihrer Rede davon, dass wir solche Petitionen "inszenieren" würden.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja.

Daniel Halemba (AfD): Sie implizieren damit, dass wir solche Petitionen selbst einreichen oder die Bürger dazu motivieren, sie einzureichen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Das Zweite.

Daniel Halemba (AfD): Das zeigt doch Ihre Abgehobenheit. Das zeigt doch, wie weit entfernt Sie vom Bürger sind. Sie wissen doch gar nicht mehr, wie es draußen zugeht.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Bürger haben Angst. Die Krankenschwestern haben Angst, auf ihrem täglichen Arbeitsweg bedroht oder sogar vergewaltigt zu werden.

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich frage Sie jetzt hier als Frau.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Daniel Halemba (AfD): Ich frage Sie als Mutter: Was würden Sie machen, wenn Ihre Tochter in dieser Krankenschwesternunterkunft untergebracht wäre, weil sie darauf angewiesen ist, und Angst hätte, auf ihrem täglichen Arbeitsweg spätabends vergewaltigt oder bedroht zu werden?

Gülseren Demirel (GRÜNE): Zwei Sachen Herr Halemba. Die eine ist: Ich habe das Direktmandat in meinem Stimmkreis. Also scheine ich nah bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sein, sonst würde ich diesen Vertrauensvorschuss nicht bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die zweite Sache ist: Legen Sie uns doch mal Ihr Strafregister vor. Das würde mich sehr interessieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Fehlner für die SPD-Fraktion.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte das jetzt versachlichen. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits umfassend ausgeführt. Die vorliegende Petition vom 6. März 2025 richtet sich gegen die Errichtung und Inbetriebnahme einer Asylunterkunft in der Landeshauptstadt München in Großhadern. Dazu ist zu sagen, dass es sich um eine geplante dezentrale

Unterkunft in Modulbauweise handelt, mit einer Maximalbelegung von circa 110 Personen. Die Baugenehmigung und damit auch die Zusage der Finanzierung durch die Regierung von Oberbayern sind bereits erteilt.

Ziel der Petition ist jetzt – das wurde ja auch deutlich ausgeführt –, die Inbetriebnahme der Unterkunft wegen Sicherheitsbedenken zu verhindern. Die Petentin sieht sich als Anwohnerin und Krankenschwester auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle im Uniklinikum Großhadern in ihrer Sicherheit gefährdet.

Im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden haben wir die Petition im Juni sorgsam beraten und mehrheitlich beschlossen, sie mit der sehr konkludenten Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Unsere Aufgabe im Ausschuss – und das will ich noch mal deutlich machen – ist es allein, auch in diesem Falle, individuell zu prüfen und zu bewerten, ob möglicherweise fachliche und sachliche Verfahrensfehler vorliegen, ob die Regierung von Oberbayern und die Landeshauptstadt München alles nach rechtskonformen Rahmenbedingungen umgesetzt haben.

Es wurde aus unserer Sicht plausibel und nachvollziehbar dargelegt, warum wir der Besorgnis der Petentin zur Gefährdungslage so nicht zustimmen können und die Einwände zurückgewiesen wurden. Dazu ist noch festzuhalten: Zum 30. April 2025 sind die Unterbringungskapazitäten für 900 Geflüchtete in München ausgelaufen, da die Mietverträge, beispielsweise mit Hotels, nicht verlängert wurden. Daher brauchte es Ersatzkapazitäten und eine bestmögliche, gleichmäßige Verteilung im gesamten Stadtgebiet. Auf den Standort Max-Lebsche-Platz kann aus Sicht der Landeshauptstadt nicht verzichtet werden.

Abschließend ist festzuhalten: Die sichersten Großstädte liegen in Bayern. München belegt im bundesweiten Vergleich der Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern erneut den ersten Platz.

Ja, die Asylbewerberzahlen gehen zurück. Sie sind aber nach wie vor hoch. Unsere Kommunen – ein herzlicher Dank! – leisten im Hinblick auf die Unterbringung von

geflüchteten Menschen eine ganz hervorragende Arbeit, und dies gilt es auch entsprechend zu würdigen.

In enger Abstimmung mit dem Polizeipräsidium München sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen geplant.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Dazu gehören auch verstärkte Streifengänge vor neuen Unterkünften, der regelmäßige Austausch und der Kontakt mit der Unterkunftsleitung und nicht zuletzt eine gezielte Lageauswertung im Hinblick auf Ordnungsstörungen mit Bezug zur Unterkunft. Damit können Fehlentwicklungen früh wahrgenommen werden.

Aufgrund dieser Sachlage werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Bleiben Sie bitte am Rednerpult, Frau Kollegin. Wir haben eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Oskar Lipp.

Oskar Lipp (AfD): Sehr geehrte Frau Kollegin, eine Frage, und zwar: Sie sagen, die Asylbewerber sind so harmlos. Jetzt frage ich mich, warum man dann überall Polizei in der Nachbarschaft braucht. Das würde mich mal interessieren.

Martina Fehlner (SPD): Ich glaube, ich habe alles deutlich gemacht. Ich muss das nicht weiter ausführen, und im Übrigen können Sie die Ausführungen auch sehr gut nachlesen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das kann er nicht parieren!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann um das Wort gebeten. Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags! Ich will nur zu drei Punkten kurz Stellung nehmen.

Erstens hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München in der Tat vor zwei Jahren, am 28. Juni 2023, beschlossen, diese Unterkunft in Hadern zu bauen. Die Zielsetzung des Münchner Stadtrates ist es, insgesamt die Flüchtlingsunterbringung über das gesamte Stadtgebiet dieser Millionenstadt einigermaßen zu verteilen. In Hadern – so hat die Landeshauptstadt angeführt – gibt es bislang überhaupt keine derartige Unterkunft. Deshalb hat sich der Stadtrat entschlossen, diese Unterkunft dort zu platzieren.

Ich mische mich in solche Standortfragen in der Regel nicht ein. Es ist auch nach den Diskussionen des Petitionsausschusses jedenfalls an dieser Entscheidung des Münchner Stadtrates überhaupt nichts auszusetzen. Sie ist in sich schlüssig, und deshalb sagen wir, dass das vernünftig ist und dass es keinen Grund gibt, dieser Petition zu folgen. – Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Ja, die Landeshauptstadt München ist übrigens nach dem aktuellen Stand wohl die einzige kreisfreie Stadt in Bayern, die ihre Quote nicht erfüllt. Deshalb bitte ich, das auch zu berücksichtigen. Im Moment führt das dazu, dass Landkreise in Oberbayern über der Quote in der Flüchtlingsverteilung liegen, weil die Landeshauptstadt ihre Quote nicht erfüllt. Darum bin ich dankbar dafür, dass sich die Landeshauptstadt jetzt damit beschäftigt, sich durch entsprechende neue Unterkünfte auch der Erfüllung ihrer Quote zu nähern.

Das wird insgesamt für alle Beteiligten in den nächsten Monaten sicherlich auch noch leichter dadurch, dass die Zahl der Flüchtlingsneuzugänge deutlich geringer wird. Das ist auch der Erfolg einer konsequenten Politik von mehr Grenzkontrollen, die jetzt durch den Bundesinnenminister Dobrindt noch weiter verstärkt worden sind. Das ist das Ergebnis davon, dass wir in Bayern zum Beispiel flächendeckend die Bezahlkarte eingeführt haben. Viele andere Bundesländer sind immer noch nicht fähig,

dies tatsächlich umzusetzen. Auch die Ausweisung gerade von Straftätern unter den Flüchtlingen wird konsequent verstärkt. Deshalb ist es gut, dass jetzt gerade, vor ein paar Tagen, erstmals seit einem Jahr auch wieder ein Abschiebeflug nach Afghanistan stattgefunden hat. Das sind die richtigen Entscheidungen, die die neue Bundesregierung jetzt voranbringt. Sie werden dafür sorgen, dass die Flüchtlingszahlen insgesamt weiter zurückgehen und insbesondere Straftäter unser Land sehr schnell wieder verlassen müssen.

Das ist konsequente Politik, und für die werden wir uns auch weiter einsetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Dritte ist in der Tat, dass unsere Landeshauptstadt München unter den insgesamt 40 Städten in Deutschland mit mehr als 200.000 Einwohnern die sicherste ist.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Wie gesagt, es gibt insgesamt 40 Städte in Deutschland mit mehr als 200.000 Einwohnern. Davon sind drei in Bayern: München ist die sicherste Stadt. Die zweite Stadt in Bayern, die mehr als 200.000 Einwohner hat, ist Nürnberg. Sie ist bundesweit die zweitsicherste Stadt. Die dritte Stadt in Bayern, die mehr als 200.000 Einwohner hat, ist Augsburg. Sie ist bundesweit die drittsicherste Stadt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bravo!)

Meine Damen und Herren, besser kann man es nicht machen, als dass die drei sichersten Städte, die mehr als 200.000 Einwohner haben, alle bayerische Städte sind. Das ist die Realität, darum kümmern wir uns in der Sicherheit, und die ist übrigens auch dadurch zu erreichen, dass unsere bayerischen Polizistinnen und Polizisten rund um die Uhr im Einsatz sind und sich auch nicht zu schade sind, um 0:20 Uhr zu arbeiten, Herr Kollege. Wir arbeiten rund um die Uhr für die Sicherheit der Menschen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Der Kollege Halemba hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Daniel Halemba (AfD): Herr Innenminister, weder unsere Polizei noch ich inklusive meiner AfD-Fraktion sind uns zu schade, um 00:20 Uhr zu arbeiten.

(Unruhe)

Das Problem ist allerdings, dass mitten in der Nacht kein normaler Bürger diese Debatte verfolgen kann. Jeder normale Bürger inklusive der Krankenschwester schläft oder ist auf der Arbeit. Das ist das Problem: Sie wollten diese Debatte bewusst verschweigen!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Nun aber zu meiner Frage, Herr Innenminister. Wenn Ihre Politik unter dem Bundesinnenminister Alexander Dobrindt von Ihrer Partei so erfolgreich ist, wenn doch so viele Zurückweisungen an den Grenzen und so viele Abschiebungen stattfinden, warum braucht es dann noch weitere Unterkünfte?

(Unruhe – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Ein Täter macht einen auf Opfer!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich gehöre diesem Parlament nun schon seit einigen Jahren an. Ich bin als Innenminister für die Gestaltung des Sitzungsplans nicht zuständig. Ihre pauschalen Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Den Beweis, dass es für Normalbürger in unserem Land, von denen immer noch die Mehrheit einer geregelten Arbeit nachgeht, leichter ist, die Liveübertragung der Plenardebatte des Bayerischen Landtags aus diesem Saal etwa um 13 Uhr zu verfolgen als um Mitternacht, werden Sie so leicht nicht erbringen können. Es wird manchen geben, der leichter um 00:00 Uhr Fernsehen schaut als

mittags um 13 Uhr, wenn er sich an seinem Arbeitsplatz befindet. Herr Kollege, das ist also alles dummes Gerede.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat sich der Abgeordnete Halemba zu einer persönlichen Erklärung gemeldet.

(Zurufe von der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER: Oh!)

Ich weise darauf hin, dass es nicht zulässig ist, zur Sache zu sprechen, sondern ausschließlich Angriffe, die in der Debatte gegen Sie geführt wurden, zurückzuweisen. – Herr Kollege Halemba, bitte schön.

Daniel Halemba (AfD): Herr Präsident, vielen Dank. – Frau Kollegin Demirel, Sie sind angesprochen. Bitte schauen Sie mich an.

(Unruhe)

Schauen Sie her. Sie brauchen nicht so zu lachen. Sie haben eben impliziert, dass in meinem Führungszeugnis Einträge wären, dass ich Straftaten begangen hätte. Sie haben mich gefragt, was in meinem Führungszeugnis steht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen ein Blatt zeigen. Schauen Sie. Das ist ein weißes Blatt Papier. Es ist leer. Da steht nichts drauf. Genau das steht auch in meinem Führungszeugnis, und zwar nichts, keine Eintragungen. Danke.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Nach dem Bayerischen Petitionsgesetz und unserer Geschäftsordnung ist der Abstimmung die Entscheidung des die Eingabe behandelnden Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat beschlossen, die Eingabe gemäß § 80 Nummer 4 unserer Geschäftsordnung aufgrund der Stellungnahme der Staatsregierung für erledigt zu erklären. Die Abstimmung wird in namentlicher Form und elektronisch durchgeführt. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 19:23 bis 19:26 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir warten kurz, bis das Abstimmungsergebnis vorliegt. –

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt: Eingabe betreffend Einwände gegen die geplante Asylunterkunft in München Großhadern. Es handelt sich um die Eingabe EB.0551.19. Mit Ja haben 128 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Mit Nein haben 30 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Entscheidung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden entsprochen worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Gleichzeitig sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 19:29 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.07.2025 zu Tagesordnungspunkt 28: Eingabe - Einwände gegen die geplante Asylunterkunft in München-Großhadern (EB.0551.19)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter		X	
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel	X		
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker	X		
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Becher Johannes	X		
Beck Tobias	X		
Becker Barbara	X		
Dr. **Behr** Andrea			
Behringer Martin	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian	X		
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert	X		
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin	X		
Dr. **Büchler** Markus	X		
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc	X		
Dr. **Dietrich** Alexander	X		
Dietz Leo	X		
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen	X		
Dr. **Ebner** Stefan	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Fackler Wolfgang	X		
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander	X		
Freller Karl	X		
Freudenberger Thorsten	X		
Friedl Patrick			
Friesinger Sebastian	X		
Frühbeißer Stefan	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina	X		
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred	X		
Groß Johann			
Gross Sabine			
Grossmann Patrick	X		
Guttenberger Petra	X		
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang	X		
Heinisch Bernhard	X		
Heisl Josef	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Hierneis Christian	X		
Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		
Holz Thomas	X		
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Huber Martin		X	
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Jakob Marina			
Jungbauer Björn	X		
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblach Paul			
Knoll Manuel	X		
Köhler Claudia			
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen	X		
Koller Michael	X		
Konrad Joachim	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef	X		
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian	X		
Lipp Oskar		X	
Locke Felix	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin	X		
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter	X		
Dr. **Oetzinger** Stephan	X		
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pirner Thomas	X		
Pohl Bernhard	X		
Post Julia			
Preidl Julian	X		
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias	X		
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton	X		
Roon Elena		X	
Saller Markus	X		
Schack Jenny	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Martin	X		
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schnotz Helmut	X		
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner	X		
Stock Martin	X		
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter	X		
Toso Roswitha	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter	X		
Wagle Martin	X		
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan	X		
Waldmann Ruth			
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Freiherr von **Zobel** Felix	X		
Zöller Thomas	X		
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	128	30	0